

# Windräder höher als Berlins höchstes Haus: Anlagen entstehen zwischen Ludwigsfelde und Trebbin

*Philipp Goschala*

Waldrodung hat bereits begonnen

## Höher als das größte Haus Berlins: Zwei neue Windräder entstehen zwischen Thyrow und Siethen



Der Bau von zwei Windrädern zwischen Trebbin und Ludwigsfelde sorgt für Unmut in der Bevölkerung. Kritiker bemängeln fehlende Bürgerbeteiligung. Das ist der aktuelle Stand der Bauarbeiten.



Thyrow/Ludwigsfelde. In einem Waldstück zwischen Thyrow und Siethen entstehen aktuell zwei Windräder – 266 Meter hoch sollen sie werden. Doch in der Bevölkerung mehrt sich Kritik.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Auf einer Karte betrachtet, liegt das Waldstück genau in der Mitte zwischen Siethen, Ludwigsfelde und Kerzendorf im Norden und Thyrow im Süden. In der Nähe befindet sich zudem die B101-Abfahrt Thyrow.

## Windräder zwischen Thyrow und Siethen sollen 266

# Meter hoch werden

In das Vorhaben sind zahlreiche Behörden involviert, den Überblick behält das Landesamt für Umwelt Brandenburg. Laut Pressesprecher Thomas Frey sei in dem Waldstück „eine Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von [zwei Windenergieanlagen \(WEA\)](#) mit einer Gesamthöhe von 266,5 Metern und einer Leistung von 6,8 Megawatt (je Anlage) erteilt“.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Zum Vergleich: Die geplanten Windräder wären dann höher, als das größte Hochhaus in Berlin. Der dortige Estrel-Tower soll nach seiner Fertigstellung 175 Meter hoch werden.

Bereits Ende Oktober 2025 habe die „Baufeldfreimachung“ begonnen. Das bedeutet, dass Bäume gefällt werden. Nach MAZ-Informationen soll sich die gerodete Fläche für die zwei Windräder in der Länge auf einige hundert Meter und in der Breite auf rund 100 Meter belaufen.

„Voraussichtlich im Februar 2026 werden die bauvorbereitenden Maßnahmen mit dem Wegebau starten“, ergänzt der Sprecher. Wann die Anlagen selbst aufgebaut werden sollen, bleibt offen.

Hintergrund des Projektes: Das Waldstück ist als sogenanntes „Windvorranggebiet“ ausgewiesen. Das wird auf der [Website des „Energieportals Brandenburg“](#) ersichtlich. Dort sind auch die beiden genehmigten Windanlagen eingezeichnet.

## 14 weitere Windräder bei Ludwigsfelde geplant

Mehr noch: Zusätzlich finden sich auf dieser Karte 14 [weitere Windräder](#), die als „geplant“ gekennzeichnet sind. Sie alle könnten in dem Windvorranggebiet Thyrow-Siethen-Kerzendorf entstehen. Genehmigt sind diese Anlagen allerdings bisher nicht, folgt man dem Portal.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige



Die genehmigten und geplanten Windanlagen sorgen in der Bevölkerung für Diskussionsstoff. Ein Post in einer lokalen Facebook-Gruppe sorgte am 7. Dezember für Aufsehen. Die Nutzerin filmt das gerodete Waldstück und äußert zahlreiche, große Bedenken zu dem Vorhaben.

Auf der Plattform „OpenPetition“ wurde darüber hinaus eine Petition gestartet. Die mittlerweile rund 1800 Unterstützer „protestieren gegen die Errichtung“ und fordern mehr Bürgerbeteiligung.

Eine Sorge: Die Tier- und Pflanzenwelt könnte unter dem Vorhaben leiden. Das Landesamt für Umwelt bestätigt, dass ein Eingriff in Flora und Fauna „mit der Errichtung und dem Betrieb von WEA regelmäßig einhergeht“. Deshalb hätten die Behörden allerdings „Maßnahmen zur Vermeidung sowie zum Ausgleich und Ersatz“ festgelegt. Welche das genau sind, lässt das Umweltamt jedoch offen.

## **Bürger in Thyrow fordern Klarheit**

Geschützte Landschaftsabschnitte, sogenannte „FFH-Gebiete“, würden durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt. Das sei im Vorfeld geprüft worden.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Marleen Herzlieb, Ortsvorsteherin in Thyrow, berichtet von Vorbehalten, Unmut und auch Sorgen, die sich im Dorf wegen der Windanlagen breit gemacht hätten. Ein möglicher Grund: „Die Behörden haben die Bevölkerung wenig bis gar nicht einbezogen“, sagt sie. Ihnen fehle das Gefühl, mitreden zu dürfen und Teil des Planungsprozesses zu sein.

Die mehr als 200 Meter hohen Windräder würden erheblich in das Landschaftsbild eingreifen und die Bürger deshalb beschäftigen. Wenn die Menschen nicht einbezogen würden, entstünden Falschinformationen, Wut und Sorgen. „Das muss doch nicht sein“, sagt sie. Auch, wenn die wichtigsten Entscheidungen bereits gefällt seien, würde sie eine Informationsveranstaltung für die betroffenen Bürger begrüßen.

MAZ